



Lobbyisten der Kantone weibeln im Dunkeln

Wer im Auftrag der Kantone in der Wandelhalle unterwegs ist, bleibt der Öffentlichkeit verborgen. Mehrere Parteien wollen das nun ändern.

Simon Marti

Nicht nur Verbände, Unternehmen oder NGO weibeln im Bundeshaus für ihre Anliegen. Auch die Kantonsregierungen haben erkannt, wie nützlich es ist, Parlamentarierinnen und Parlamentarier direkt anzugehen. Bloss: Die Liste der in Bern akkreditierten Kantonslobbyisten mit Zugang zum Bundeshaus publiziert die Verwaltung nicht.

Anders liegt der Fall bei den herkömmlichen Interessenvertretern, die ihre Zutrittsbadges von National- und Ständeräten erhalten. Fein säuberlich sind diese Verbindungen ausgewiesen. So ist ersichtlich, dass FDP-Fraktionschef Damien Cottier Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder die Tür öffnet und SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer wiederum Daniel Lampart, den Chefökonom des Gewerkschaftsbundes, ins Parlament lässt.

Wer dort im Auftrag der Kan-

tone unterwegs ist, tut dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In einer Parlamentarischen Initiative verlangt die SP nun die Offenlegung dieser akkreditierten Personen samt Nebentätigkeiten. «Die Kantonslobbyisten öffentlich zu erfassen, würde eine alte Lücke schliessen und zumindest aufzeigen, wer da in der Wandelhalle unterwegs ist», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. «Das wissen heute nicht einmal wir Parlamentarier, die direkt von diesen Lobbyisten angesprochen werden.» Erst recht herrsche in der breiten Öffentlichkeit keinerlei Transparenz, kritisiert Masshardt. Vertreter der Grünen, der Mitte, der GLP und der SVP unterstützen die Forderung.

Die Berner Politologin Rahel Freiburghaus hat intensiv über das Lobbying der Kantone geforscht. «Es ist zu begrüßen, dass dieses Thema aufgegriffen wird», sagt sie. Ihre Untersuchungen zeigen, dass momentan gut zwanzig Kantone Delegierte im Bundeshaus akkreditiert haben. Daneben aber bestehen weitere, weit diskretere Kanäle. «Die eigentliche Blackbox sind die direkten Kontakte zwischen den kantonalen Exekutiven einerseits, dem Bundesrat, der Bundesverwaltung und den Ratsmitgliedern andererseits», so Freiburghaus. Da schaffe auch ein neues Lobby-Register keine Transparenz.